



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN OESTERREICH

WIEN III, 3. Februar 1954.

Prinz Eugenstrasse 7
Telephon Nr. U 13500

Unser I/ts
Aktenzeichen Ihr

Innenpolitische
Machenschaften
um den Staatsvertrag.

POLITISCHER BERICHT No. 1

Herr Bundesrat,

In meinen Berichten des vergangenen Jahres über die Staatsvertragsverhandlungen habe ich ausgeführt, dass als Kernfrage die von Sowjetrussland vertretene Forderung anzusehen sei, dass Oesterreich sich jeglicher politischer Bindung gegenüber andern Staaten enthalten d.h. sich zu einer absolut neutralen Aussenpolitik verpflichten müsse. Es war auch diese Frage, die den gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem frühern Aussenminister Gruber und seiner eigenen Partei zugrundelag bzw. noch zugrundeliegt, und die vor allem das Erscheinen seiner Memoiren und schliesslich auch sein Ausscheiden aus der Regierung erklärt. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass die von Gruber in seinem Buch erwähnten vertraulichen Besprechungen des Jahres 1947 zwischen Mitgliedern der Oesterreichischen Volkspartei und der Kommunistischen Partei von sozialistischer Seite wieder aufgewärmt wurden, um der OeVP eine gewisse Anfälligkeit für kommunistische Lockungen anzukreiden. Die gleiche Unterschiebung wird nunmehr von der gleichen Seite der Politik des Bundeskanzlers Raab gemacht, der verdächtigt wird, gegenüber sowjetrussischen Auffassungen eine zu grosse Nachgiebigkeit an den Tag zu legen. Diese Quertreibereien und Machenschaften sind es, die den unerfreulichen Hintergrund der ausserordentlichen Schwierigkeiten bilden, vor die sich der österreichische Bundeskanzler und sein Aussenminister bei ihren Bemühungen um eine Lösung des Problems der Wiedergewinnung der österreichischen Souveränität gestellt sehen.

Die österreichische Oeffentlichkeit hat die in der "Prawda" und "Iswestija" vor Eröffnung der Berliner Konferenz erschienenen offiziellen Erklärungen zur Oesterreichfrage als wenig gutes Vor-

Herrn Bundesrat Dr. Max PETITPIERRE,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements,

B e r n .



PB No. 1/3.II.1954

2)

zeichen bei Beurteilung der Aussichten für die Erlangung des Staatsvertrages bewertet. In den Artikeln dieser beiden Zeitungen war der Vorwurf enthalten, dass der Anschlussgedanke in Oesterreich keineswegs erloschen sei und dass der militaristische Geist durch Treffen ehemaliger Heeresangehöriger weitergepflegt werde. Diesen Behauptungen ist Bundeskanzler Raab mit Nachdruck entgegengetreten, indem er die österreichische Regierung eindeutig und unmissverständlich auf die Bereitschaft festlegte, sich den Bestimmungen des Staatsvertragsentwurfes, die das Verbot des politischen und wirtschaftlichen Anschlusses an Deutschland sowie die starken Beschränkungen über Militär und Luftfahrt enthalten, zu unterziehen und ihnen nachzuleben.

Inzwischen hat Aussenminister Molotow zu Beginn der Berliner Konferenz sich dahin geäußert, dass das Interesse an einer Festigung des Friedens in Europa und an der Notwendigkeit, die nationalen Rechte des österreichischen Volkes zu sichern, es verlangt, dass "auf dem schnellsten Weg ein freies und unabhängiges Oesterreich wiederhergestellt und die österreichische Frage gelöst" werde. Die Sowjetregierung sei der Auffassung, dass diese Frage in Uebereinstimmung mit den bestehenden Viermächte-Vereinbarungen geregelt werden müsse. Bei Behandlung dieser Frage sei es notwendig von der Tatsache auszugehen, dass ihre Regelung zur Gewährleistung der Sicherheit der Völker Europas und der Unabhängigkeit Oesterreichs beitragen solle und dass Oesterreich nicht wieder ein Werkzeug in den Händen der aggressiven Kräfte, insbesondere des deutschen Militarismus werde.

Diese verschiedenen Erklärungen sind in der österreichischen Presse mit betonter Zurückhaltung aufgenommen worden. Es wird offenbar abgewartet, wie sich die westlichen Grossmächte zu den Bedingungen des Staatsvertragsentwurfes stellen werden und ob nicht im Wege der Verhandlungen eine wesentliche Milderung der Oesterreich aufzuerlegenden Souveränitätsbeschränkungen und wirtschaftlichen

PB No. 1/3.II.1954

3)

Lasten erreicht werden kann. Es ist bemerkenswert, dass aber von sozialistischer Seite bereits ein Vorstoss zugunsten der Erhaltung der österreichischen Bündnisfreiheit unternommen wurde, indem der sozialistische Nationalrat Pittermann, der als österreichischer Beobachter beim Europarat in Strassburg sich aufgehalten hat, den Antrag stellte, dass Oesterreich seinen offiziellen Beitritt zum Europarat erklären solle. Dieser Antrag wurde von der Regierung zur Prüfung entgegengenommen, obschon sie sich bewusst ist, dass sie bei einem Beitritt in offenen Gegensatz zu der russischen Auffassung von den künftigen neutralen Pflichten Oesterreichs sich stellen würde. Gegenüber dem Unterzeichneten hat der britische Hochkommissär Caccia, der nunmehr zum Unterstaatssekretär im Foreign Office ernannt wurde, die Bedenken nicht verhehlt, die das Vorgehen Pittermanns erwecken muss. Man wird in dieser Initiative vielleicht bloss einen taktischen Versuch zu erblicken haben, für Oesterreich eine günstigere Ausgangsposition in den bevorstehenden Verhandlungen zu schaffen, sei es auch nur zur Erlangung von Konzessionen auf anderem Gebiete. Aber es kann ebensogut dahinter die Absicht stehen, die amerikanischen Bestrebungen, Oesterreich in den Kreis der westlichen Verteidigungsmassnahmen einzubeziehen und ihm zu diesem Zwecke seine volle Bündnisfreiheit zu erhalten, zu unterstützen. Schon die nächsten Tage könnten Klarheit über diesen Punkt bringen, sofern die Verhandlungen der vier Aussenminister in Berlin nicht wieder an starren Forderungen und Gegenforderungen von vornherein scheitern sollten.

Vor der Berufung des früheren Aussenministers Gruber zum Oesterreichischen Botschafter in Washington mussten anscheinend sowohl in Wien als in Washington starke Hemmungen überwunden werden.

PB No. 1/3.II.1954

4)

Es wurde sogar behauptet, dass die Ernennung erst angesichts der ernststen Möglichkeit, dass Gruber zu der sozialistischen Partei übertreten werde, vorgenommen worden sei. Die Spannungen zwischen den beiden Koalitionsparteien scheinen immer mehr zuzunehmen, nicht nur wegen der aussenpolitischen Divergenzen, sondern auch wegen der durch die wachsende Arbeitslosigkeit und die Umstände des Kraulandprozesses aufgeworfenen Fragen, die im Hinblick auf bevorstehende Landtagswahlen propagandistisch weidlich ausgeschlachtet werden.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE
IN OESTERREICH

